

POSITIONSPAPIER

Positionspapier des Verbands Deutscher Privatschulverbände e.V. (VDP) zur Strategie „Digitale Bildung“ der Bundesregierung

Ausgangslage

In den letzten 15 Jahren hat die Digitalisierung nahezu sämtliche Lebensbereiche durchdrungen. Nicht nur die Arbeitswelt, sondern auch der private Lebensbereich ist ohne Internet, Mobilfunk und Co. nicht mehr vorstellbar. 2012 hatten bereits 79 Prozent aller privaten Haushalte einen Internetzugang, bei Haushalten mit mindestens einem Kind lag die Quote sogar bei 95 Prozent. Auch hat sich die digitale Wirtschaft in Deutschland mit mehr als 120 Milliarden Euro Umsatz im Jahr und rund 400.000 Beschäftigten zu einem bedeutenden Sektor entwickelt. Die Statistik zeigt aber auch, dass die Nutzung des Internets vom formalen Bildungsgrad abhängig ist: So nutzen nur rund 60 Prozent der Personen mit Hauptschulabschluss das Internet regelmäßig, bei Abiturienten und Hochschulabsolventen liegt dieser Anteil bei über 90 Prozent.

Die Menschen benötigen heute allein nur für die Bewältigung von Alltagshandlungen hohe technische und anwendungsbezogene Medienkompetenzen. Und auch die Wirtschaft ist in den meisten Branchen auf Arbeitnehmer angewiesen, die kompetent und souverän mit digitalisierten Geräten und Anwendungen umgehen können. Ebenso wird notwendigerweise auch die zielgerichtete und fachgerechte Verarbeitung von digitalen Inhalten vorausgesetzt. Ohne digitale Kompetenz fällt es den Menschen zunehmend schwerer, ihren Alltag zu bewältigen, am Arbeitsmarkt haben sie nahezu keine Chancen mehr.

Deshalb ist es wichtig, Kindern, Jugendlichen und auch Erwachsenen notwendige Kompetenzen zu vermitteln und damit eine digitale Grundbildung sicherzustellen. Dabei müssen besonders Kinder und Jugendliche zu einem kritischen, selbstgesteuerten und kompetenten Umgang mit digitalen Inhalten befähigt werden. Bei Älteren ist zusätzlich auch die Befähigung zur Handhabung bzw. Anwendung digitaler Technik bedeutend. Eine digitale Grundbildung, von der möglichst viele Menschen profitieren, ist nicht ohne das Engagement von Bildungseinrichtungen der Allgemein-, Berufs- und Erwachsenenbildung zu realisieren.

Politisches Umfeld

Bei ihren Koalitionsverhandlungen haben sich CDU/CSU und SPD darauf verständigt, die Digitalisierung im Bildungswesen voranzutreiben. Hierzu gehört unter anderem, gemeinsam mit den Ländern und weiteren Akteuren des Bildungswesens eine Strategie für das digitale Lernen, d.h. für die Entwicklung und die Nutzung von neuen Medien im Bildungsbereich, zu entwickeln. Auch strebt die Bundesregierung eine Stärkung der Kostenfreiheit bei digitalen Lernmitteln und den freien Zugang zu (bildungsrelevanten) wissenschaftlichen Inhalten im Internet an. Ähnlich wie im MINT-Bereich sollen Kinder und Jugendliche frühzeitig an Informatik- und

POSITIONSPAPIER

IT-Themen herangeführt und für diese begeistert werden. Ziel ist es, auf diesem Wege junge Menschen für Ausbildungen und Studienfächer im Informatik- und IT-Bereich zu gewinnen. Zusätzlich plant die Bundesregierung die Einführung von Profilschulen „IT/Digital“ mit dem Schwerpunktprofil Informatik. Als Vorbild soll hier das Konzept der Eliteschulen des Sports dienen.

Positionen des VDP

Qualifizierungsoffensive für Lehrkräfte

Grundlage einer qualifizierten und anschlussfähigen Vermittlung von Medien- und Digitaltechnikkompetenzen ist eine solide medienpädagogische Ausbildung der Lehrkräfte. Nur fachlich qualifizierte Pädagogen können einen qualitativ hochwertigen Unterricht für Schüler und Erwachsene anbieten, der deutlich über allgemeines Erfahrungswissen hinausgeht und Kompetenzen vermittelt, die, trotz der Dynamik in diesem Bereich, auch noch in drei bis sechs Jahren Relevanz besitzen. Hierzu gehören insbesondere auch die Vermittlung von Fähigkeiten zum kritischen Umgang mit digitalen Medien und die Aufklärung über ihre Gefahrenpotentiale. Deshalb fordert der VDP die Initiierung einer Qualifizierungsoffensive „Medienpädagogik“ für Lehrkräfte. Diese Qualifizierungsoffensive soll einerseits auf die Lehrerausbildung an den Hochschulen wirken. Andererseits, und das ist aktuell wesentlich dringlicher, muss ein breit angelegtes Weiterbildungsprogramm für Lehrkräfte der Allgemein-, Berufs- und Erwachsenenbildung aufgelegt werden. Nur so können an jeder Schule, jeder schulischen Ausbildungsstätte und Einrichtung der Erwachsenenbildung in Deutschland entsprechende Lehrkompetenzen aufgebaut bzw. die vorhandenen Kompetenzen auf dem aktuellen Entwicklungsstand gehalten werden. Ein solches Weiterbildungsprogramm muss für alle Lehrkräfte, sowohl von staatlichen als auch von freien Bildungsträgern, zugänglich sein.

Förderung der Infrastrukturentwicklung

Eine weitere Grundvoraussetzung für die Nutzung digitaler Medien im Unterricht ist das Vorhandensein entsprechender Infrastruktur. Hierzu gehören sowohl die Hardware, u.a. internetfähige PCs in ausreichender Zahl, Breitbandinternetanschlüsse und Schulserver, als auch die Software (inkl. Lizenzen), die auf dem aktuellen Stand der Technik gehalten werden müssen. Für einen Teil der Bildungseinrichtungen ist eine entsprechende Ausstattung noch keine Selbstverständlichkeit. Deshalb ist der VDP der Ansicht, dass mit Unterstützung öffentlicher Investitionen staatliche und freie Bildungsträger gleichermaßen in die Lage versetzt werden müssen, ihren Schülern, Auszubildenden und Weiterbildungsteilnehmern eine für die digitale Bildung notwendige moderne Lehr- und Lernumgebung anbieten zu können. In diesem Zusammenhang sollte auch über die Entwicklung einer bundesweiten „Bildungscloud“ nachgedacht werden. Die Schweiz könnte diesbezüglich als Vorbild dienen. Bund und Kantone haben schon vor Jahren gemeinsam eine sichere Internetplattform entwickelt, die allen Schulen zu-

POSITIONSPAPIER

gänglich ist und sie beispielsweise bei administrativen Aufgaben unterstützt, urheberrechtlich abgesicherte elektronische Lehr- und Lernmaterialien zur Verfügung stellt, Schülern geschützte Arbeitsbereiche bereitstellt und Eltern über Aufgaben und Leistungen ihrer Kinder informiert.

Urheberrecht digitaler Lernmedien

Der Einsatz von digitalen Inhalten und Medien im Unterricht ist für Lehrkräfte weiterhin problematisch, da sie sich in vielen Bereichen mit einer restriktiven Rechtslage konfrontiert sehen. Deshalb ist der VDP der Ansicht, dass Bund und Länder gemeinsam einen verlässlichen Rahmen schaffen müssen, der Bildungseinrichtungen Rechtssicherheit beim Einsatz von digitalen Medien verschafft. Dieser muss ausdrücklich auch für Einrichtungen der Aus- und Weiterbildung gelten. Der VDP würde es zudem begrüßen, wenn sich der Bund verstärkt auch für die Förderung von freien und offenen Lehr- und Lernunterlagen einsetzen würde. Durch die Förderung von sog. Open Educational Resources (OER), also von frei zugänglichen Lehr- und Lernressourcen, die eine uneingeschränkte Verwendung und Veränderung erlauben, könnten die Nutzungsprobleme digitaler Medien durch den Kopierschutz und die damit verbundenen Barrieren bzgl. Kompatibilität, Lese-, Veränder- und Verwertbarkeit, reduziert werden.

Profilschulen „IT/Digital“

Grundsätzlich begrüßt der VDP die Initiative der Bundesregierung, sog. Profilschulen IT/Digital nach dem Vorbild des Konzeptes der Eliteschulen des Sports fördern zu wollen. Diesbezüglich ist es dem VDP ein wichtiges Anliegen, dass ein entsprechendes Konzept trägerneutral ausgestaltet wird, damit sich hier sowohl staatliche als auch freie Schulen engagieren können. Weiter weist der VDP darauf hin, dass eine solche Initiative allerdings nicht zur Einschränkung einer wünschenswerten Breitenwirkung der Strategie der Bundesregierung für das digitale Lernen führen darf. Leuchtturmprojekte alleine werden eine digitale Grundbildung für alle nicht sicherstellen können. Durch die Fokussierung auf IT und Informatik zur Entwicklung von Fachkräften darf eine umfassende Medienbildung für junge Menschen nicht zu kurz kommen. Diese sollte immer auch einen kritischen Umgang mit digitalen Inhalten fördern und Kompetenzen zur kreativen Gestaltung digitaler Medien entwickeln.

Berlin, April 2014

Der Verband Deutscher Privatschulverbände e.V. (VDP) vertritt die Interessen von Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft im allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulbereich sowie in der Erwachsenenbildung und im tertiären Bereich (Fachhochschulen und Hochschulen). Der 1901 gegründete Verband mit Sitz in Berlin bindet seine Mitglieder weder weltanschaulich noch konfessionell oder parteilich.